

Braune Ökologie und Faschismusgefahren der Klimakrise

Von Peter Bierl, 25. November 2023

Klimawandel, Artensterben, die Versauerung der Meere, Erosion und Vergiftung der Böden und andere Formen von Umweltzerstörung bedrohen die Öko-Nische des Menschen auf diesem Planeten. Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen warnen seit mehr als einem halben Jahrhundert davor. Dennoch haben es Regierungen und Unternehmen diese Entwicklung nicht gestoppt. Heute fürchten Wissenschaftler*innen, dass die Zivilisation, wie wir sie bisher kennen, in Gefahr sei.

Teile des Planeten werden unbewohnbar, wenn Temperaturen wochen- und monatelang über 40 Grad steigen, etwa in Irak, Indien oder im Süden Spaniens und der Meeresspiegel steigt. Die Flächen für den Anbau für Lebensmittel werden dramatisch schrumpfen und hunderte Millionen von Menschen flüchten.

Die Konflikte, die daraus resultieren, werden gewalttätig ausgetragen, in Kriegen und Bürgerkriegen, durch die Herrschaft von noch mehr Diktaturen und Warlords, autoritären, nationalistischen und ethno-religiös fundierten Regimen. Es entsteht ein weltweites System aus Festungen der Wohlhabenden inmitten von Elendszonen. Im Ansatz ist das schon Realität, längst haben die Staaten der EU das Mittelmeer zu einem Massengrab für Geflüchtete gemacht.

In dieser Situation stellen rechte bis faschistische Bewegungen die extreme autoritäre und gewaltförmige politische Reaktion in einer Situation dar, in der die bürgerlichen politischen Kräfte die als umfassende ökologische und soziale Krise oder „Polykrise“ (so der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze) nicht zu lösen vermögen. Ihre Vorstellungen tragen zum Abstieg in die Barbarei bei.

Dabei gibt es zwischen der extremen Rechten in Deutschland und Österreich viele Überschneidungen. Das hat mit der gemeinsamen Geschichte und Sprache zu tun, mehr noch aber mit der völkischen Sicht der gemeinsamen deutschen Kulturnation. Jedenfalls standen und stehen extreme Rechten aus beiden Ländern in intensivem Austausch.

Bezogen auf die Umweltfrage ergeben sich historische Überschneidungen durch die Heimat- und Lebensreform, die Anthroposophie Rudolf Steiners, die NS-Herrschaft und Figuren wie Günther Schwab und Konrad Lorenz sowie den Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL), eine rechte Kaderorganisation, die noch die Anfänge der Grünen in beiden Ländern mitprägte, und heute durch die

sogenannte Neue Rechte, die Identitären oder die Anastasia-Bewegung.

Ich beginne diesen Beitrag mit einen Überblick über aktuelle Positionen der extremen Rechten zur Umweltfrage, gebe dann einen knappen historischen Rückblick und beschäftige mich mit Anknüpfungspunkten in der Linken, der Umweltbewegung aber auch der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Um Missverständnisse zu vermeiden: bei diesem zweiten Punkt liegt es mir fern, Bewegungen oder Organisationen in die rechte Stelle stellen zu wollen. Es geht um bestimmte inhaltliche Positionen, die sich dort finden lassen, und die nach rechts anschlussfähig sind, oder umgekehrt ausgedrückt, die Einfallstore für menschenfeindliches Denken darstellen.

Am Schluss versuche ich, das ökofaschistische Potenzial einzuschätzen und stelle Überlegungen darüber an, was aus demokratischer und emanzipatorischer Perspektive zu tun wäre.

Aktuelle Positionen

Die AfD, als dominante Organisation der Rechten in Deutschland, präsentiert sich dezidiert antiökologisch: Für Atomkraft, für neue Kohlekraftwerke, für den Ausbau des Flugverkehrs, für die Autoindustrie, gegen eine Energiewende, Elektroautos, Photovoltaik und Windkraft als landschaftszerstörend und ineffektiv.¹ Die AfD hetzt gegen eine Energiewende und die Grünen, gegen die EU-Kommission und deren Green Deal, denen „Ökosozialismus“ vorgeworfen wird, was absurd ist. Die Partei leugnet den menschengemachten Anteil am Klimawandel oder spielt ihn runter.² Das gilt als Schwindel oder gar Verschwörung.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch zeichnete das Bild einer großen Verschwörung: Fridays for Future, Greenpeace, die Grünen, aber auch der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz seien Handlager des internationalen Finanzkapitals, insbesondere von Blackrock und der Gates-Stiftung.³ Sie bereiteten eine „feindliche Übernahme der deutschen Wirtschafts- und Energiepolitik durch die globale Finanzindustrie“ vor. Der Zweck sei, eine

¹ Dresdner Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagsfraktionen. Juli 2019

² Es gebe „nach wie vor keinen abschließenden wissenschaftlichen Beweis dafür, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen das Klima maßgeblich beeinflussen“ („Weiter Horizont. Strategie für Deutschlands sichere und nachhaltige Energieversorgung“ (2022), Arbeitskreis Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundestagsfraktion).

³ Merz war bis Frühjahr 2020 Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock Deutschland

ökologische Transformation durchzusetzen, um daraus Profite zu ziehen.⁴

Ähnlich agiert die Zeitschrift *Compact*. Sie verunglimpft Klimaaktivist*innen als Chaoten und Terroristen und suggeriert Verschwörungen gegen die deutsche Industrie.

Die AfD steht damit für eine reaktionäre Opposition gegen die grüne Modernisierung des Kapitalismus. Sie bedient sich – wie der Beitrag von Storchs zeigt - einer oberflächlich betrachteten antikapitalistischen Agitation (gegen das Finanzkapital), die nationalistisch grundiert ist (Sorge um das deutsche Kapital) und antisemitisch gelesen werden kann (Drahtzieher).

Die FPÖ hat ein etwas anderes Profil als die AfD. Sie hat sich stets als Umwelt- und Heimatschutzpartei verstanden, lehnt Atomkraft ab und propagiert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Klimawandel wird nicht geleugnet (zumindest ist das nicht die Linie der Partei).

Gleichwohl gibt es viele Übereinstimmungen zwischen AfD und FPÖ gerade in Bezug auf die Klimakatastrophe: Beide Parteien agitieren gegen einen vermeintlichen „Klimawahn“, ihr Feindbild sind Klimabewegung und Grüne, sie gerieren sich als vermeintliche Verteidiger der Freiheit gegen Verbote.

Jenseits dieser dominanten Parteien gibt es weitere Ansätze, etwa Neonazis, die aufs Land ziehen und als heimat- und traditionsbewusste Ökobauern agieren. In der Tradition der Artamanen (einem völkischen Siedlungsbund aus der Weimarer Republik) siedeln sie vor allem in sogenannten strukturschwachen Gebieten. Ein Schwerpunkt ist Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Niederbayern, Niedersachsen oder Baden-Württemberg sind sie zu finden. Sie versuchen vor Ort in sozialen Strukturen, insbesondere in Umweltgruppen Fuß zu fassen.⁵ Oft handelt es sich um Familien mit vielen Kindern. Viele waren in der inzwischen verbotenen Artgemeinschaft Germanische Glaubensgemeinschaft organisiert, einer neuheidnischen Gruppe, mit dem Motto: „Ökologisch denken – naturgemäß leben – artgemäß glauben“.⁶

Eine Variante ist die Anastasia-Bewegung, die auf eine Romanreihe des

⁴ Beatrix von Storch, Die globale Finanzindustrie als Treiber der Klimapolitik, in: Junge Freiheit, 20.5.23, <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/klimapolitik-macht-geld/>

⁵ Publik wurde 2007 der Fall der *Initiative Gentechnik Freie Region Nebel/Krakow* in Mecklenburg-Vorpommern, deren Vorsitzender, ein Landwirt, sich als NPD-Mann entpuppte.

⁶ Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): *Völkische Siedler im ländlichen Raum*. Berlin 2014, S.14.; Andreas Speit, Andrea Röpke: *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*, Berlin 2019.

russischen Schriftstellers Wladimir Megre zurückgeht. Die Grundidee ist, dass eine Familie sich auf einem Landsitz mit einem Hektar selbst ernährt. Das Weltbild der Bewegung ist antisemitisch, frauenfeindlich und reaktionär. Als Ziel wird die Erlösung vom „Zeitalter der Dunkelmächte“ angegeben, hinter dem sich eine jüdische Weltherrschaft verberge. Es besteht eine Nähe zur rechtsextremen Szene und zu Reichsbürgern.⁷

Auch die sogenannte Neue Rechte hat das Thema Ökologie auf dem Schirm, etwa das *Institut für Staatspolitik* (IfS) um Götz Kubitschek, der wichtigsten Gruppe in Deutschland. Sie propagieren regionale Wirtschaftskreisläufe oder greifen die Postwachstumsdebatte auf.⁸

Prägnantes Beispiel ist das „Ökomanifest von rechts“, ein Text, den Philip Stein im September 2014 in der Zeitschrift *Sezession* publizierte. Darin schreibt er: „... von den vielen Deutungsschlachten, die von der deutschen Rechten in den letzten Jahrzehnten verloren wurden, wiegt der vorherrschende Alleinanspruch des linken Milieus auf Themen und Begriffe wie Umwelt, Natur und Ökologie nachträglich wohlmöglich am schwersten, und tritt gleichzeitig so erdrückend zu Tage.“⁹

Das Ergebnis sei, dass die grüne Bewegung von der gleichnamigen Partei sowie Vereinen, Initiativen und NGOs dominiert werde, die Umwelt und Natur in „linkes Hoheitsgebiet verlagert haben“. Damit einher gehe der gesellschaftliche Konsens, dass „die Natur immer links stehe“. Er will diese Situation korrigieren.

Stein plädierte für eine „neue rechtsökologische Radikalität“. Man müsse die Grünen überholen, fordert er, und stellt drei Punkte heraus: Erstens brauche es einen starken Staat (mit Verweis auf den Nazi-Juristen Carl Schmitt), letztlich die Ökodiktatur. Er verweist auf den Veggie-Day, den die Grünen im Wahlkampf 2013 vorschlugen. Das sei ein Vorstoß, der „eigentlich von rechts hätte kommen müssen“, statt wie Liberale und Konservative die Grünen deswegen als Spaßbremsen und Verbotspartei zu schmähen. Zweitens die Befreiung vom „Wachstumswang“, er fordert eine schrumpfende Wirtschaft, und schließlich drittens den Generalangriff auf die Moderne unter dem Motto „zurück zum Ursprung“, geistig, kulturell, wirtschaftlich und vor allem seelisch.

⁷ Anja Humburg/Lara Mallien/Andrea Vetter: *Anastasia – die Macht eines Phantoms*. In: Oya, September/November 2017, S.49ff. Am vierten Anastasia-Treffen im September 2017 haben etwa 500 Personen teilgenommen, es fand in Thüringen auf dem Gelände der Windberg-Gemeinschaft statt

⁸ Bereits auf der ersten IfS-Sommerakademie im August 2000 gab es einen Beitrag zur ökologischen Krise.

⁹ Philip Stein: Ökomanifest von rechts. In: *Sezession*, 22.9.2014, <https://sezession.de/46543/okomanifest-von-rechts> (Abfrage 21.1.19)

Im Sinn von Steins Manifestes plädierte Björn Höcke, der einflussreichste AfD-Politiker, für eine „konservative Ökologie“, wobei es ihm um Maßhalten und Verzicht, Heimat und Volk geht.

Die Zeitschrift *Die Kehre* (2020), die in Deutschland und Österreich erscheint, widmet sich der von Stein beschworenen Deutungsschlacht. Dazu gehören Verlags- und Lesertreffen, etwa im April 2023 in Wien.

Der Herausgeber Jonas Schick, ehemaliger Kader der Jungen Alternative, kritisiert die Konservativen der alten BRD, weil sie die „Kronjuwelen“, den Naturschutz, der Linken überlassen hätten, und er rügt die AfD, die unerschütterlich an einer „Markt- und Industriegläubigkeit“ festhalte und deren ökologisches Profil „enorm zu wünschen“ übriglasse.¹⁰

Die Autor*innen der Hefte propagieren eine Postwachstums-Ökonomie, eine Schrumpfung des Rohstoffverbrauchs, ohne zu sagen, welche Branchen wie reduziert werden sollen. Einige greifen die Idee des Bioregionalismus auf, allerdings nationalistisch gewendet: sie fordern eine „ethnokulturell“ homogene Bevölkerung, Vorrang für heimische Produkte und Arbeitskräfte, keine Migration dazu ein Nationalstaat als übergreifende Struktur

Die Reaktion auf solche Ansätze fällt unterschiedlich aus. Kubitschek, der Chefideologe der deutschen Neuen Rechten, leugnet nicht die Umweltzerstörung, verwirft aber Umweltpolitik aus taktischen Gründen. Er geht davon aus, dass eine Politik des Verzichts notwendig wäre, womit die Massen nicht zu gewinnen seien. Damit unterstützt Kubitschek die Linie der AfD und zeigt gleichzeitig sowohl seine Ignoranz gegenüber der Umweltfrage als auch wie sehr er die Masse der Bevölkerung verachtet, die er als Stimmvieh gewinnen möchte.

Das ergibt ein widersprüchliches Bild: Einerseits beschwören manche Ideolog*innen die Apokalypse, der Verbrauch fossiler Energien wird als Quelle allen Übels ausgemacht, während andere eine Klimahysterie unterstellen und alternative Energieerzeugung verwerfen. Die Kakaphonie verweist auf strategische und ideologische Differenzen.

Dennoch lassen sich ideologische Gemeinsamkeiten der extremen Rechten in der Umweltfrage finden:

Ökologie wird als Bewahrung von Kulturlandschaft und Bauerntum, von Heimat und Nation instrumentalisiert. Der Begriff konservative Ökologie wird öfter

¹⁰ Schick: Die Kehre. <https://die-kehre.de/2020/04/28/die-kehre/> (26.5.20). Zur Person: <https://afdwatchbremen.com/jonas-schick-ja/> (28.5.20)

verwendet, um den Aspekt des Bewahrens zu betonen und zugleich Distanz zum Faschismus zu mimen.

Die extreme Rechte favorisiert die Begriffe Heimat- und Naturschutz, die bereits um 1900 geprägt wurden, Natur- und Heimatschutz werden gegen Migration gewendet, die Ausbreitung von Neophyten und Artenschutz mit der rassistischen Rede von der Umvolkung gleichgesetzt. Der Feminismus wird zum Feind, insofern er die Frau ihrer natürlichen Bestimmung, möglichst viele Kinder zu gebären, entfremdet.

Die Metapher von der Verwurzelung und den Deutschen als Waldvolk wird verwendet. Die Wurzelmetaphorik ist anschlussfähig an die Verschwörungsideologie der „Umvolkung“, aber auch den Antisemitismus, denn im völkischen Denken gilt der Jude als wurzellos.

Einige greifen die Postwachstumsdebatte auf. Im rechten Kontext hat dieser Bezug die Funktion, den modernen Individualismus anzuprangern und Opfer, Askese und Verzicht zugunsten der nationalen Gemeinschaft einzufordern. Zwar wird gelegentlich ein Wachstumszwang des Kapitalismus angeführt, aber das ist nicht verbunden mit einer kritischen Analyse der Produktionsverhältnisse oder irgendwelchen Ambitionen, diese zu überwinden.

Es bleibt bei den Forderungen des Maßhaltens, der völkischen Idee, die Wirtschaft möge der Nation dienen, sowie vagen Vorstellungen einer Regionalisierung und Dezentralisierung. Der Kauf regionaler Produkte sei „ein patriotischer Akt“, heißt es in den „Thesen für eine konservativ-ökologische Wende“ von Recherche D, einem weiteren Zeitschriftenprojekt.

Mit der linken Postwachstumsdebatte haben die rechten Aneignungen nichts zu tun. Weder finden sich die Forderung nach einem „Guten Leben für alle“, noch nach einer globalen Verteilungsgerechtigkeit, geschweige denn ein antisexistischer oder antirassistischer Anspruch.

Die Widersprüche bürgerlicher Umweltpolitik werden ins Visier genommen, deren Unzulänglichkeit und Defizite.

Die Agitation greift antikapitalistische Motive auf und verknüpft sie mit völkischem Denken: Sie richtet sich gegen die „fremden“ Einflüssen der Globalisierung und der „globalistischen Eliten“, die Natur, Volk und Heimat zersetzen. So schreibt Benedikt Kaiser in seiner „Kritik des grünen Kapitalismus“ (Kehre, Heft 7 / 2021) von organischen Gemeinschaften sowie der Vielfalt der Arten und Kulturen seien zu bewahren seien. Von echter Kapitalismuskritik ist bei ihm keine Spur zu finden.

Schließlich pflegen die Rechten, wie die Propaganda von FPÖ und AfD zeigt, ein gemeinsames Feindbild: Die Grünen und die EU, die als ökosozialistische Systemveränderer zu Lasten der Industrie und des Wohlstandes attackiert werden. Klimaschutz und Klimabewegung werden als hysterisch und übertrieben abgestempelt.

Und schließlich können sich alle rechten Strömungen auf das Märchen verständigen, eine vermeintliche Überbevölkerung des Planeten, hauptsächlich verursacht von den Menschen in Afrika, sei die wesentliche, wenn nicht gar Hauptursache der Umweltzerstörung sei.

Wichtig scheinen mir darüber hinaus zwei Aspekte. Erstens gibt es bei allen Differenzen in der Umweltfrage Austausch und Kooperation und keine Spaltungen. Zweitens scheint es - zumindest auf der Ebene der Ideologen und Propagandisten - derzeit kaum „Überzeugungstäter*innen“ zu geben, anders als früher in der Entstehungsphase der modernen Umweltbewegung.

Das Interesse an Ökologie ist instrumentell. Die Frage aus der Perspektive der Rechten lautet, wie lässt sich das Thema aufgreifen, sowohl als Vehikel für reaktionäre und faschistische Positionen und gegen Liberale, Grüne und Linke wenden.

Traditionslinien

Soweit die extreme Rechte sich mit der Umweltfrage beschäftigt, greift sie auf Vorstellungen der Lebensreform- und Heimatschutzbewegung zurück. Dazu finden sich offene Bezüge auf den Nationalsozialismus.¹¹

Lebensreform und Heimatschutz wandten sich gegen bestimmte Folgen der Industrialisierung, gegen Urbanisierung und Landflucht, aber auch gegen emanzipatorische Tendenzen wie die Arbeiter- und die Frauenbewegung.

Die Heimatschützer protestierten gegen die Zerstörung von Natur und Landschaft, vor allem aus ästhetischen und moralischen Erwägungen. Die Harmonie der Natur und eine heile Landschaft sollte den Menschen sittlich läutern. Im Sinne der Blut-und-Boden-Ideologie galt eine bestimmte

¹¹ 2013 hatte die *Sezession* („Heimatboden“-Thema) Vertreter der alten Lebensreform- und Heimatschutzbewegung sowie Nationalsozialisten gewürdigt. Stein verweist 2014 auf Vordenker wie Herbert Gruhl und Henning Eichberg sowie Alain de Benoist. Im ersten Heft der „Kehre“ nimm Schick Bezug auf Schultze-Nauheim (S.21ff.)

Kulturlandschaft als Ausdruck wie als Lebensgrundlage einer bestimmten Rasse.

Der Gedanke geht zurück bis auf die deutsche Romantik, wurde von dem „Volkskundler“ Wilhelm Heinrich Riehl Mitte des 19. Jahrhunderts weiterentwickelt und spielte in der Heimatschutzbewegung und im Nationalsozialismus eine wichtige Rolle. Demnach sind die Deutschen ein gemühtiefes, fest verwurzelt Waldvolk, so sie nicht von der Moderne entwurzelt werden. Die Slawen hingegen galten als Steppenvolk, unfähig Landschaft zu gestalten. Der Jude verkörpert in der völkischen Ideologie die Gegenrasse, aufgrund seiner nomadischen Herkunft vermag er kein Gefühl für die Natur zu entwickeln, sondern ist lediglich an ihrer Ausbeutung interessiert.

Die Lebensreform erhob den Anspruch, alle Lebensbereiche zu verändern, Ökonomie und Landwirtschaft, Gesundheit und Ernährung, Kleidung und Freizeit, Pädagogik, Kunst und Kultur. Unter dem Motto zurück zur Natur sollten die Menschen ihr Leben umgestalten. Aus diesem Milieu entstanden Siedlungsprojekte und Gartenstädte, der Wandervogel und die Reformpädagogik. Bis heute gehalten haben sich Tierschutz und Vegetarismus, Reformhäuser und Vollwertkost, die FKK-Bewegung, die Anthroposophie und die Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells. Seine abstruse Vorstellung, Bargeld würde in Massen gehortet, um Zinssen zu erpressen, fundierte das Geldexperiment von Wörgl (1934) und lebt in Gestalt von Tauschringen und Regionalwährungen fort.

Lebensreformer und Heimatschützer deuteten die gesellschaftlichen Veränderungen ihrer Zeit als eine Art Zivilisationskrankheit. Sie misstrauten dem gefeierten Fortschritt, aber nicht aus gesellschaftskritischer Perspektive, sondern weil sie – in der damaligen Sprache - deutsches Volkstum in Gefahr wähten, die biologisch-rassische und kulturelle nationale Identität. Vertreter dieser Bewegungen beklagten einen Verfall der Kultur, eine „Degeneration“ der Menschheit, insbesondere einer „nordischen Rasse“ und schmähten die Großstadt als „Grab der Arier“ wegen der sinkenden Geburtenrate.

Paradigmatisch war die Ablehnung der Impfung: Der Natur würde ins Handwerk gepfuscht. Sie sorge durch Krankheiten für Auslese und Ausmerze der Minderwertigen. „Natürlich“ war in dieser Perspektive nur der Kampf ums Dasein. Die Krankheit sei als Prüfung von Geist und Körper zu akzeptieren und ausschließlich mit „natürlichen“ Mitteln, den Kräften des eigenen Körpers oder traditionellen Methoden, zu bekämpfen.

Diese Auffassung findet sich, ohne explizite sozialdarwinistisch-eugenische Begründung, in anthroposophischen Kreisen, die eine Masern-Impfung für ihre Kinder verweigern. Sie ist im grün-alternativen Spektrum verbreitet, ebenso die

Vorliebe für Homöopathie und andere „alternative“ Heilmethoden sowie die Ablehnung der sogenannten Schulmedizin. Die Szene der Pandemieleugner*innen und Impfgegner*innen speist sich daraus.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass Lebensreformer und Heimatschützer mit den Nationalsozialisten kollaborierten, ihnen Personal und Ideen für einen Naturschutz mit Alibifunktion lieferten, etwa aus dem Spektrum der Anthroposophie. Nach 1945 konnten sie ihre Karrieren fortsetzen.

Gruppen und Personen aus der Lebensreform- und Heimatschutzbewegung, Nationalsozialisten oder mindestens Kollaborateure prägten auch die zweite Umweltbewegung in Westdeutschland, die in den 1960er-Jahren entstand, sowie die Gründungsphase der Grünen.

Eine wichtige Rolle spielte dabei der Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL), den Günther Schwab 1958 in Salzburg gründete, eine Kaderorganisation der extremen Rechten. Schwab warnte vor Radioaktivität von Atomanlagen und vor Chemikalien, weil sie zu einer Degeneration der weißen Rasse führen würden. Schirmherr des WSL war der Nobelpreisträger Konrad Lorenz – wie Schwab ehemaliges Mitglied der NSDAP.

Trotzdem veränderte sich die Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung der Umweltbewegung, die nicht mehr wie die Naturschutzbewegung vorher als konservativ, sondern als links galt. Diese Veränderung, die Philipp Stein in seinem oben zitierten Manifest beklagt, erfolgte im Laufe der 1970er-Jahre, als sich Teile der (radikalen) Linken des Themas annahmen und es nicht mehr als kleinbürgerliche Spinnerei abtaten. Allerdings hatten diese Linken oft keine Skrupel mit Nazis zusammenzuarbeiten. Sie verharmlosten solche als „Wertkonservative“ oder behaupteten hinterher, sie hätten nichts von ihrer Orientierung gewusst.¹²

¹² So schreibt Jutta Ditfurth über ein Beratungstreffen von Grünen, Bunten und Linken im Collegium Humanum Ende Juni 1979 nach der Europawahl: „Der Ort schien uns zuerst politisch einigermaßen unverdächtig. Hatte Haverbeck doch mit Erhard Eppler und Egon Bahr zusammengearbeitet. Ein Bürgerlicher, wie es schien, ein Wertkonservativer. Daß er nach wie vor ein Rechtsextremist war, begriffen wir leider erst später.“ (Jutta Ditfurth: Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung. München 2001, S.80). Den AUD-Chef August Haußleiter charakterisiert sie in diesem Buch von 2001 als nationalliberal (S.68). Dieser musste 1980 als Grünen-Vorsitzender zurücktreten, nachdem eine NS-Kriegspropagandaschrift und Kontakte zur NPD 1965 bekannt wurden.

Ideologische Schnittmengen

Bestimmte Vorstellungen, die die extreme Rechte vertritt, sind anschlussfähig bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft.

1. Mystizismus und Menschenfeindlichkeit:

Bereits Lebensreformer und Heimatschützer pflegten eine mystisch-esoterische Vorstellung von der Natur als einer göttlichen Ordnung, in die sich alle einzufügen hätten. Das schwingt aktuell wieder in der rechten Ökologie mit, wenn die Besinnung auf das Ganze, den Urgrund, gefordert wird.

In der Umweltbewegung waren esoterische Strömungen immer vertreten, etwa die New-Age-Szene und die Anthroposophie. In den 1970er-Jahre entstand die sogenannte Tiefenökologie, die einen sogenannten Anthropozentrismus ablehnt, eine in ihren Augen falsche und egoistische Sicht, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Ausbeutung des Planeten rechtfertigt.

Ökologische Zerstörungen werden demnach als Ausdruck eines falschen Weltbildes, eben des Anthropozentrismus gedeutet. Die Lösung liegt in einem neuen und anderen Weltbild. Propagiert wird ein biozentrisches Bewusstsein, ein intuitives Erkennen, ein neues spirituelles Bewusstsein, das den Menschen ermöglichen soll, sich wieder in das „planetare Ökosystem“ einzufügen.¹³

Tiefenökologie ist damit eine idealistische, keine kritisch-materialistische Richtung. Das bedeutet, die Ideen der Menschen, nicht ihr materielles Sein, nicht die gesellschaftlichen Strukturen, gelten als ausschlaggebend. Das kann den Blick auf die Realität verstellen.

Ein Werte- und Bewusstseinswandel ist sicher notwendig, aber nicht in Richtung von Esoterik. Vielmehr ist ein Bewusstsein von den ökonomischen Zwängen notwendig, die aus dem Kapitalismus erwachsen. Denn die Aufgabe besteht darin, die Wirtschaft so umzugestalten, dass ein besseres Leben für alle möglich ist, aber der Stoffwechsel mit der Natur so reguliert wird, dass die Umwelt nicht zerstört wird.

Der Biozentrismus beansprucht, die Erde als belebten Organismus in den Mittelpunkt des Denkens und Fühlens zu stellen. Auch dieses Denken ist

¹³ Andrea Klepsch: *Zur Geschichte der Tiefenökologie*. In: Franz-Theo Gottwald/Andrea Klepsch (Hg.): *Tiefenökologie e. V.*, Tiefenökologie. Wie wir in Zukunft leben wollen, München, 1995, S.17. Fritjof Capra: *Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild*. München 1982, S.VIIIff.

menschengemacht (anthropogen), es geht von unseren Vorstellungen aus. So wurden Tierrechte von Menschen ausgedacht und definiert. Eine Befreiungsbewegung von Tieren kann es nicht geben, was auf einen objektiven und fundamentalen Unterschied zwischen Menschen und Tieren verweist

Manche Tiefenökolog*innen gehen so weit, dass sie behaupten, ihre Perspektive sei „natürlich“, allein der Biozentrismus entspreche der Natur, dem beseelten Organismus Erde. Das ist eine biologistische Sichtweise, mit deren Hilfe sich kritische Einwände abwehren lassen, und die in menschenfeindliche Ansichten ableiten kann, so wie gemäß der sozialdarwinistischen Ideologie sich die Menschen dem „Recht des Stärkeren“ als Naturgesetz zu unterwerfen haben und die starken auf den Schwächeren herumtrampeln dürfen.

Offene Menschenfeindlichkeit findet sich in der Tat bei einigen Vertreter*innen der Tiefenökologie und des Biozentrismus: Paul Watson, Mitgründer von Greenpeace, heute der Boss von Sea-Shepherd, imaginiert die Erde als gigantischen beseelten Organismus, der von einem Virus, dem Menschen, befallen sei. Watson bezeichnet sich als Misanthropen und wendet sich gegen Migration.¹⁴

2. Ökomalthusianismus

Eine der gefährlichsten falschen und menschenfeindlichen Vorstellung, dass eine Überbevölkerung des Planeten eine oder gar die wesentliche Ursache der Umweltzerstörung sei, ist in der Tiefenökologie verbreitet. Auf internationaler Ebene lancierte die *Foundation for Deep Ecology* entsprechende Aktionen.

Populär wurde diese Vorstellung, die ich als Ökomalthusianismus bezeichne, in den späten 1960er Jahren, unter anderem dank des Bestsellers „Die Bevölkerungsbombe“ von Paul Ehrlich (1968), der schon mit diesem Titel auf die Atombombe anspielte und Menschen so als Massenvernichtungswaffen diffamierte. Ehrlich war allerdings kein Rechter, sondern ein Linkliberaler und Bürgerrechtler. Er wurde von der christlichen Rechten wegen der Forderung nach Verhütung, Abtreibung und Bevölkerungskontrolle attackiert.

Zu den wichtigsten Vertretern eines solchen Ökomalthusianismus gehörte Konrad Lorenz und in Deutschland Herbert Gruhl, zuerst CDU-Politiker, Mitgründer des Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland (BUND), der Grünen und in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) aktiv.

Lorenz hoffte auf die Aids-Pandemie, Gruhl auf Hungerkatastrophen als natürlichen Ausgleich gegen die vermeintliche „Bevölkerungsexplosion“. Der

¹⁴ Watson, Interview, Natur 2012. Landwehr, Konkret 11/2019

Mensch sei „ein globaler Parasit“ oder – Nietzsche zustimmend zitierend – „die Hautkrankheit des Planeten“, schrieb Gruhl.

Wichtig ist dabei das Konzept der Tragfähigkeit. Gemeint ist, nur eine bestimmte Anzahl von Menschen könne in einer Region leben, ohne die natürliche, soziale und kulturelle Umwelt zu vernichten. Daraus wird die Forderung abgeleitet, für jede Region eine Obergrenze festzustellen und die Bevölkerungszahl entsprechend zu begrenzen, durch Kontrolle der Geburten und der Zuwanderung.

Für Arne Naess, den Begründer, war Bevölkerungspolitik das Markenzeichen, das Tiefenökologie von „anthropozentrischen“ Umweltschützern unterscheidet.¹⁵ Er plädierte dafür, die Zahl der Menschen auf ein „vertretbares Mindestmaß zu reduzieren“.¹⁶ Er betonte, dass die Reduzierung gewaltfrei und ethisch vertretbar erfolgen müsse und darum Jahrhunderte dauern werde. Andere Tiefenökolog*innen sind wesentlich rabiater.

Manchen geht es nicht bloß darum, ökologische Zerstörungen zu stoppen, sondern um ein Gesellschaftsmodell, das eine deutlich verringerte Zahl von Menschen voraussetzt. So schwärmen Tiefenökologen und Anarchoprimitivisten von einer „Rückkehr in die Wildnis“.

Dave Foreman, der Gründer von Earth First, und Paul Watson, wollen ähnlich wie Paul Ehrlich eine Lizenz zum Kinderkriegen einführen.¹⁷ Ehrlich, Foreman und Watson forderten außerdem einen Einwanderungsstopp.¹⁸

In der Schweiz gibt es eine Gruppe namens Ecopop (Kürzel für Ecology und Population), die auf der Grundlage einer Tragfähigkeit die Bevölkerungszahl fixieren möchte. Diese Gruppe schaffte es (bis Herbst 2012) über 100.000 beglaubigte Unterschriften für ein Plebiszit gegen Überbevölkerung und Einwanderung zu sammeln.¹⁹ Ecopop gehört der European Population Alliance an, einem europaweiten Zusammenschluß, dem aus Deutschland die Herbert-Gruhl-Gesellschaft angehört, und der solche Ziele im Namen des Umweltschutzes vertritt.

¹⁵ Arne Naess: *Einfach an Mitteln, reich an Zielen*. In: Gottwald / Klepsch, 1995, S.51.

¹⁶ Gottwald, 1995, S.18f.

¹⁷ Philipp Cafaro/Eileen Crist (Hg.): *Life on the Brink. Environmentalists confront Overpopulation*. Athens/London 2012, S.135f.

¹⁸ Cafaro/Crist, 2012, S.11, S.62ff., S.162ff., S.301ff.

¹⁹ Bei der Abstimmung am 30. November 2014 beteiligte sich knapp die Hälfte der Bevölkerung. Ein Viertel davon unterstützte den Vorschlag: Das heißt, mehr als zwölf Prozent der Schweizer befürworteten das Anliegen.

Die Vorstellung von der vermeintlichen Überbevölkerung ist weit verbreitet, bis ins liberale und linke Spektrum, sie eint alle Fraktionen der extremen Rechten.

Björn Höcke ließ sich im November 2015 über vermeintlich unterschiedliche Reproduktionsstrategien von Afrikaner und Europäern aus. Er folgerte daraus, dass Deutschland die Grenzen schließen müsse, um die Afrikaner zu einer „ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik“ zu bewegen. Denn dort gebe es zu viele Menschen.

In der FPÖ ist stets von „Bevölkerungsexplosion in Afrika die Rede. Herwig Mahr, damals Klubobmann des FPÖ-Landtagsklubs Oberösterreich, erklärte 2017, sogenanntes „Klima-Asyl“ sei eine Leugnung der Bevölkerungsexplosion in Afrika.²⁰

Kein Anhänger der Überbevölkerungslegende hat je den Rat von Erich Mühsam beherzigt, sich konsequent selbst zu entleiben. Die „zu Vielen“ sind immer die anderen, vorzugsweise Menschen in Afrika. Darum lässt sich Malthusianismus immer rassistisch bzw. gegen als minderwertig definierte Gruppen und Klassen aufladen.

3. Antisemitismus

In seiner Schrift zur Postwachstumsdebatte schiebt Alain de Benoist (2009), einer der Chefideologen des europäischen Neofaschismus, die Schuld an der Umweltzerstörung einem jüdisch-christlichen Monotheismus in die Schuhe. Dieser habe den Menschen aus kosmischen und natürlichen Zusammenhängen gelöst.²¹ Die jüdisch-christliche Religion habe die naturverbundeneren polytheistischen und heidnischen Religionen verdrängt. Benoist zitiert den französischen Philosophen Michel Serres mit den Worten, er hasse „den Monotheismus für diesen Holocaust der Gottheiten“.²²

Solche Formulierungen sind Beispiele für einen sekundären Antisemitismus, der die Shoa relativiert, in dem er den Begriff inflationär verwendet und alle möglichen historischen Ereignisse mit den deutschen Verbrechen gleichsetzt. In diesem Fall werden die Juden für alle Widersprüche der Moderne verantwortlich gemacht, über die Kette Judentum-Monotheismus-Anthropozentrismus werden sie als die Urheber der Umweltzerstörung angeklagt.

²⁰ <https://www.fpoe-ooe.at/klubobmann-ing-mahr-klima-asyl-ist-leugnung-der-bevoelkerungsexplosion-in-afrika/> (Abfrage 14.5.2018)

²¹ Alain de Benoist: *Abschied vom Wachstum. Für eine Kultur des Maßhaltens*. Berlin 2009, S.144, S.149ff., S.154, s.156

²² Benoist, 2009, S.162

Diese Position findet sich auch bei Reinhard Falter wieder, einem ehemaligen Funktionär der Grünen, der in anthroposophischen Blättern publizierte, sich inzwischen im Umkreis des Ifs bewegt, für die „Kehre“ schreibt und als Referenz in Sachen Ökologie zitiert wird. Laut Falter gehört eine „religiös bedingte Naturfeindschaft“ zur kulturellen „Tradition des Judentums“. Der „Kampf des Wüstengottes gegen die Göttlichkeit der Naturmächte“ wirke bis heute fort.²³

Die Vorstellung, die Juden seien schuld an Naturzerstörung und Tierquälerei, weil sie geldgierig und als Abkömmlinge von Nomaden ohne Bezug zur Scholle seien, stammt aus der völkischen Bewegung des 19. Jahrhunderts. Einige Ökolog*innen und Friedensfreunde haben solche Ansichten seit den 1980er-Jahren recycelt. Sie behaupteten, die jüdische Religion habe eine instrumentelle Sichtweise auf die Umwelt begründet und damit den Anthropozentrismus.²⁴

4. Verkürzte Kapitalismuskritik

Ein weiteres Einfallstor für antisemitische Vorstellungen ist verkürzte Kapitalismuskritik, eine Sichtweise, die ausklammert, dass Kapitalismus ein umfassendes Gesellschaftssystem darstellt. Stattdessen werden nur große Konzerne, vorzugsweise amerikanische, oder gar nur die Finanzsphäre, Banken und Börsen, angeprangert.

Dazu findet sich die falsche Vorstellung, Kapitalismus und Marktwirtschaft seien verschiedene Wirtschaftsformen, die erstere negativ, die zweite positiv. Die prominentesten Vertreter*innen dieser wirren Idee im deutschsprachigen Raum sind aktuell Sahra Wagenknecht und Björn Höcke.

Aber auch der Begründer der Tiefenökologie, Arne Naess, war ein Vertreter der

²³ Reinhard Falter: *Das Umweltproblem neu formulieren*. In: Volker Kempf/Heinz-Siegfried Strelow (Hg.): *Naturkonservativ heute*. Jahrbuch der Herbert Gruhl-Gesellschaft e.V., Essen 2002, S.25.

²⁴ Zu nennen wären Franz Alt, Luise Rinser, Karlheinz Deschner oder der Theologe Eugen Drewermann. Der Tiefenökologe Ralph Metzner schrieb, die ausbeuterische Haltung des Menschen gegenüber der Natur beginne mit der neolithischen Seßhaftwerdung und dem Anthropozentrismus, der auf die jüdisch-christliche Theologie zurückgehe. Der Animismus ursprünglich lebender Völker, wonach die ganze Natur als beseelt gilt, sei stets ökologisch gewesen, im Gegensatz zu monotheistischen Religionen und dem Atheismus, die zerstörerisch seien. Deren Weltanschauung habe zu einer Entwicklung geführt, die „in den faschistischen, völkermörderischen, totalitären Holocausts, die die europäische Zivilisation der Welt des 20. Jahrhunderts auferlegte, ihren grausigen Höhepunkt“ fand (Ralph Metzner: *Die Entfaltung des ökologischen Weltbildes*. In: Gottwald/Klepsch, 1995, S.32, S.37)

Marktwirtschaft, also des Kapitalismus. Naess hat demnach nicht begriffen, dass Umweltzerstörung das Resultat einer Wirtschaftsform ist, in der alle Unternehmen aufgrund der marktvermittelten Konkurrenz gezwungen sind, maximalen Profit zu erwirtschaften und zu reinvestieren, was stofflich einhergeht mit wachsendem Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Flächen.

5. Artenschutz und Ethnopluralismus

Eine weitere problematische Vorstellung besagt, dass analog zum Schutz von Tieren und Pflanzen, dem Erhalt der Biodiversität, die vielen verschiedenen menschlichen Kulturen unbedingt erhalten werden müssen.

Das ist anschlussfähig an den so genannten Ethnopluralismus, ein Konzept, das Henning Eichberg, ein wichtiger Ideologe der westdeutschen Neuen Rechten, in den 1970er-Jahren entwickelt hat. Es beinhaltet die Vorstellung, Völker hätten sich völlig voneinander getrennt in unterschiedlichen Kulturen entwickelt. Diese Unterschiedlichkeit wird als „Ethnopluralismus“ gefeiert, der erhalten bleiben solle.

Darum müsse „nationale Identität“ gegen Einwanderer und kulturelle Einflüsse aus dem Ausland, womit etwa Linie Musik und Filme aus den USA gemeint waren, verteidigt werden. Andernfalls würden sich „homogene Kulturen“ zu einer Monokultur vermischen. Diese Position wird heute von der Identitären Bewegung oder in der Zeitschrift Kehre vertreten.

In Gestalt des Kulturrelativismus findet sich eine ähnliche Vorstellung heute in der Linken und der Umweltbewegung wieder.

So heißt es in der Grundsatzerklärung des International Forum on Globalization (IFG) von 2001 und anderen Veröffentlichungen von Globalisierungskritikern, es gelte eine „weltweite Homogenisierung von verschiedenen, lokalen und indigenen Kulturen und Lebensformen“ zu einer „globalen Monokultur“ zu verhindern. Als Alternative zur herrschenden Gesellschaft betrachtete das International Forum on Globalization die „Entwicklung autonomer, regionaler und lokaler Produktionskreisläufe“ sowie die „Unterstützung von Biodiversität, kultureller Verschiedenheit und Verschiedenheit von sozialen und politischen Systemen“.

Verschiedenheit wird als positiver Wert gesetzt, ohne auf konkrete Inhalte einzugehen. Abgesehen davon, dass dahinter ein statischer Kulturbegriff steckt, der Brüche, fließende Übergänge und permanente Veränderung ausblendet, basieren fast alle Kulturen auf Ausbeutung und Herrschaft und beinhalten Haltungen und Praktiken, die gewalttätig, sexistisch und/oder homophob sind - meine Aufzählung ist sicher unvollständig.

Die Rede von der Vielfalt der Kulturen und Systeme als gesellschaftspolitischer Alternative mag auch daraus resultieren, dass in der Linken sowie der Umweltbewegung eine sozialistisch-ökologische Perspektive fehlt oder marginal ist, auf eine Kritik von Staat und Nation verzichtet wird und eine falsche Sicht des Kapitalismus dominiert.

Große Anschlussfähigkeit

Sämtliche Ansätze der extremen Rechten lassen sich flexibel kombinieren, zumal auf Fakten keine Rücksicht genommen wird. Zugute kommt der extremen Rechten der Hang zur Realitätsverweigerung. gerade auch im ökologisch-esoterischen, halb- und bauchlinken, globalisierungskritischen Spektrum, wie wir an der Querdenker-Bewegung sehen. Die Corona-Leugnung folgt dem gleichen Muster wie die Leugnung des Klimawandels und umgekehrt finden sich in Publikationen der Querdenker-Szene immer häufiger Beiträge von Leugnern des Klimawandels.

Der Rechten kommt zugute, dass sie die Widersprüche bürgerlicher Umweltpolitik ausbeuten kann. Angeprangert werden Versprechen wie ein Green New Deal, die einerseits Kapitalverwertung und Wirtschaftswachstum garantieren sollen und zugleich Nachhaltigkeit verheißen. Beides zusammen ist aber unmöglich.

Das Elektroauto wird wegen des enormen Verbrauchs von metallischen Rohstoffen abgelehnt, etwa in Programmen der AfD. In der Zeitschrift „Die Kehre“ werden Biogasanlagen wegen der Monokulturen, Flächenverbrauch und Gifteinsatz kritisiert. Die FPÖ kritisiert Flächen-Photovoltaikanlagen, weil dadurch Wiesen und Äcker für die Landwirtschaft verlorengehen.

Diese Einwände sind zutreffend, wir sehen daran, dass sich die extreme Rechte durchaus in Umweltthemen einarbeiten kann, aber ihre Argumente sind nicht originell, sondern geklaut, sie wurden längst sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch von ökologischen Linken angemahnt.

Dass die extreme Rechte keine konkreten Vorschläge macht, sondern sich in kulturpessimistischem Geschwafel über Heimat und Verwurzelung ergeht, erhöht die Flexibilität. Das tut niemand weh und garantiert Anschlussfähigkeit in alle Richtungen. Das gilt insbesondere für den Heimatdiskurs, mit dem auch deutsche und österreichische Grüne immer wieder zu Wahlkampfzwecken hantieren. Sie bedienen sich des Mystizismus, der Blut-und-Boden-Ideologie und eines völkischen Pseudoantikapitalismus und zielen auf eine umweltbewegte Klientel, die von Gemeinwohlökonomie oder Regionalgeld

schwärmt.

Mit einer antiökologischen Agitation sprechen die AfD und andere rechte Parteien das fossile Kapital an, Teile der Bourgeoisie und des Mittelstandes, die unmittelbar profitieren, aber auch Mittelschichten und Lohnabhängige, deren Existenz von bestimmten Branchen abhängt, oder die auf ein bestimmtes Konsummodell nicht verzichten wollen.

Als Regierungspartei würde die Rechte (das zeigte das Beispiel der FPÖ) wie andere bürgerliche Parteien „Realpolitik“ betreiben, die allenfalls kosmetischen Umweltschutz erlaubt. Fantastereien über Autarkie, Energieunabhängigkeit und Regionalgeld finden dann ihre Schranken an der Kapitalverwertung.

Es kann aber auch direkt und unmittelbar mörderisch werden, wie der Anschlag in Christchurch zeigte. Der Attentäter bezeichnete sich als Ökofaschisten und kombinierte die Verschwörungsideologie vom großen Austausch mit der Überbevölkerungslegende.

Ein „Weiter so“, das Festhalten am Kapitalismus und seinem Konsummodell, samt der Konsequenzen, Rohstoffkriege, Abschottung gegen Geflüchtete bis hin zum Massenmord ließen sich mit einem ökologischen Notstand begründen, wie das schon Gruhl tat.

Das bedeutet, das Potential der extremen Rechten in der ökologischen Katastrophe, in der wir uns bewegen, ist demnach groß.

Was tun?

Sich mit den Rechten auseinander zu setzen und sie zu bekämpfen, ist notwendig, aber wesentlich defensiv. Das reicht nicht. Wir müssen selbst die Initiative ergreifen.

Eine sozialistisch-ökologische Linke muss immer wieder herausarbeiten, dass Umweltzerstörung nichts anderes ist, als die stoffliche Seite der Kapitalverwertung, das Resultat dessen, was oft als „Wachstumszwang“ bezeichnet wird. Innerhalb einer marktwirtschaftlichen Ökonomie sind alle Unternehmen bei Strafe ihres Untergangs, wie Marx schrieb, dazu gezwungen maximalen Profit zu erwirtschaften und zu reinvestieren, andernfalls gehen sie in der Konkurrenz unter.

Das bedeutet stofflich, dass die Menge an Gütern und Dienstleistungen und damit der Verbrauch an Rohstoffen, Energie und Fläche wächst sowie der Dreck und Müll, der zurückbleibt. Das ist der sogenannte Wachstumszwang. Aber auch

der Staat ist daran materiell gebunden, seine Einnahmen beruhen auf gelingender Kapitalverwertung. Als ideeller Gesamtkapitalist fördert und unterstützt jede Regierung ihr jeweiliges nationales Kapital in der internationalen Konkurrenz.

Von Staaten und Regierungen sind darum Aktionismus und Greenwashing zu erwarten oder Konjunkturprogramme wie der Green New Deal, die den grundlegenden Widerspruch nicht lösen: Alle diese Konzepte laufen darauf hinaus, die Kapitalverwertung mit anderen Mitteln fortzusetzen, das bedeutet, den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Fläche immer weiter zu steigern.

Mit Sicherheit wird es Veränderungen geben (etwa das Elektroauto, oder mehr Solar- und Windenergie), aber das wird dazu führen, dass die Zerstörungen andere Formen annehmen, etwa die Zerstörung von Landschaften, das Abholzen von Wäldern und die Vergiftung von Wasser durch den Abbau metallischer Rohstoffe.

Sowohl die Ursachen als auch die Folgen der Umweltzerstörung sind klassenspezifisch zu begreifen: Je reicher, desto größer der Verbrauch an Energie und Rohstoffen und der hinterlassene Müll, desto größer der ökologische Fußabdruck. Umgekehrt treffen die Folgen die Reichen weniger als Armen.

Entscheidend ist jedoch folgender Punkt: über die Investitionen in der Wirtschaft entscheidet eine kleine Gruppe, die Besitzer*innen der Produktionsmittel (in der Bundesrepublik besitzt etwa ein Prozent der Bevölkerung 90 Prozent des Betriebsvermögens und zwei Drittel des Nettovermögens).

Der Umstand, dass die Masse der Lohnabhängigen an die gelingende Kapitalverwertung gekettet ist, materiell und ideologisch, muss eine ökologisch orientierte Linke berücksichtigen: Die grüne Transformation des Kapitalismus hält die Umweltzerstörung nicht auf, geht aber zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung, durch höhere CO₂-Steuern, Steuern auf Treibstoffe oder höhere Mieten nach energetischen Sanierungen. Solche Forderungen dürfen wir uns nicht zu eigen machen.

Es gilt, mit Gewerkschaften zu kooperieren und Konzepte für einen Umbau der Wirtschaft zu entwickeln. Wir müssen klarmachen, dass die ökologischen Zerstörungen nur gestoppt werden können, wenn große und wichtige Schlüsselbranchen der Wirtschaft nicht nur umgebaut, sondern geschrumpft werden: die Autoindustrie, die Luftfahrtindustrie, die chemische Industrie, die Bauindustrie, aber auch die Landwirtschaft samt Massentierhaltung, die verschwinden muss.

Dafür ist Bruch notwendig, eine Überwindung des Kapitalismus, sonst ist es unmöglich, den Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Land zu senken oder nur als Massenverelendung.

Wenn wir uns die Kräfteverhältnisse und Bewusstseinsformen anschauen, gibt es dafür keine Massenbasis. Eine solche Perspektive ist völlig marginal. So sehr die Kooperation von Fridays for Future mit der Gewerkschaft Verdi bei Tarifkonflikten im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu begrüßen ist, so müssen wir uns bewusst sein, dass es die Aufgabe von Gewerkschaften im Kapitalismus ist, den Preis der Ware Arbeitskraft hochzuhalten, also das unmittelbare Interesse zu vertreten, was in Standortpolitik und Standortnationalismus umschlägt. Das ist die materielle Basis für den Anklang, den sowohl liberale bürgerliche Politik aber auch die faschistische Rechte unter Lohnabhängigen findet.

Wenn eine sozialistisch-ökologische Linke etwas erreichen will, muss sie eine Perspektive aufzeigen, wie eine andere und bessere Gesellschaft aussehen soll: Wir wollen eine Gesellschaft ohne existentielle soziale Unsicherheit, ohne Armut und ohne Umweltzerstörung. Wir wollen ein materiell sorgenfreies Leben für alle. Ein Leben in Muße und zur individuellen Entfaltung, mit viel Zeit für Freundschaften und Beziehungen, mit sinnvoller Arbeit ohne Leistungsdruck und ohne die Umwelt zu zerstören.

Dazu ist eine Überwindung des Kapitalismus notwendig, eine demokratische Planwirtschaft. Alle müssen mitentscheiden können über das Was, Wo und Wie von Produktion und Verteilung, wir brauchen also eine erweiterte Form von Demokratie.

Anfangen sollten wir damit, systemrelevante Branchen zu vergesellschaften und als öffentliche Daseinsvorsorge zu organisieren: Wohnen, Gesundheit, Pflege, Mobilität und Energieversorgung.

Dafür müsste sich massenhaft die Erkenntnis durchsetzen, dass die Befriedigung unmittelbarer Interessen und das Bedürfnis nach einem erfüllten und glücklichen Leben zusammenfallen können jenseits des Systems der Lohnarbeit. Danach sieht es derzeit überhaupt nicht aus, die Haupttendenz ist eine Faschisierung.

Wenn wir etwas verändern wollen, müssen wir mehr Menschen gewinnen. Das wiederum wird nur zu erreichen sein, wenn wir dort aktiv werden, wo Menschen leben, wohnen, arbeiten und leiden, in Stadtvierteln und Betrieben.

Vielleicht kann eine sozialistisch-ökologische Linke, die konkret an Problemen anknüpft, aber kämpferische Fundamentalopposition bleibt, mehr Leute ansprechen, zum Nachdenken bringen und zum Handeln animieren. Ein solcher

Ansatz zielt auf Lernprozesse, Empowerment, Selbsttätigkeit und direkte Aktion.

Das ist ein langwieriger, mühevoller Weg mit geringen Erfolgsaussichten, aber der einzige Weg, um auf demokratische Weise den Bruch mit den Verhältnissen zu erreichen.